



## Gute Ansätze im Personalbereich nachbessern

**Von der Einstellungsplanung bis zur technischen Ausstattung der Polizei – der Landeshaushalt liefert das finanzielle Gerüst für die Arbeitsgrundlagen der Polizei des Landes in den beiden nächsten Jahren. Mit dem Etatentwurf der Landesregierung beschäftigten sich gegenwärtig die Fraktionen des Landtages.**

Heinz-Werner Gabler, der stellvertretende GdP-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz, zeigt sich angesichts der in die Finanzplanung eingestellten Stellenpläne, Projekte und Vorhaben grundsätzlich zufrieden mit der Regierungsvorlage. Allerdings meldet er in einigen Bereichen Nachbesserungsbedarf an, der nun von unserer Gewerkschaft in den Gesprächen mit den Landtagsfraktionen zum Thema gemacht wird.

**Personalstärke:** Nach dem Etatplan können in den beiden nächsten Jahren jeweils 325 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Das sind je 25 mehr als die ursprüngliche Planung vorsah. Aber die 650 Neueinstellungen reichen nicht, um die ansteigende Zahl an Ruhestandsversetzungen auszugleichen. Bis Ende 2013 wird der Personalstand der Polizei auf knapp über 9000 ausgebildete Polizistinnen und Polizisten sinken. Aus Sicht der GdP sind in Rheinland-Pfalz 10000 Polizistinnen und Polizisten zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben erforderlich. Deshalb sollen je Jahr mindestens 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter an der FH der Polizei eingestellt werden.

**Tarifbeschäftigte:** 2009 und 2010 können nach Etatplan jeweils 25 Tarifbeschäftigte zusätzlich eingestellt werden, die in speziellen Aufgabenbereichen eingesetzt werden sollen. Gleichzeitig werden die Personalbudgets für den Tarifbereich pauschal gekürzt, so dass unter dem Strich das Kontingent an Neueinstellungen an anderer Stelle wieder eingespart werden muss. So geht das bereits seit mehreren Jahren. Die GdP fordert, die Einsparauflage aufzuheben.

**Beförderungen:** Die Etatpläne sehen zusammengefasst für die beiden Jahre 1559 Stellenhebungen für den Polizeidienst vor. Unter Hinzurechnung der freien Stellen aus Ruhestandsversetzungen können damit 2009 insgesamt 1153 Beförderungen und 2010 weitere 1120 Beförderungen ausgesprochen werden.



**Heinz-Werner Gabler: „1300 Beförderungen nach A 10 sind ein großer Erfolg der GdP. Angesichts des Beförderungstaus muss aber bis A 13 nachgelegt werden!“**

Vom Budget her gesehen würde damit wieder das Niveau 2006 erreicht. Durch die hartnäckige Kritik der GdP ist ein wesentlicher Aufschlag auf das Beförderungspaket bei A 10 gelungen: 1300 Kolleginnen und Kollegen können in den beiden nächsten Jahren zum POK/KOK ernannt werden.

Die GdP fordert angesichts des aufgelaufenen Beförderungstaus eine Verdopplung der Beförderungszahlen für A 11, A 12 und A 13 in beiden Jahren. Spielraum hierfür besteht durchaus: Nach den Stellenplanobergrenzen könnten 2009 weitere 53 Beförderungen nach A 13, weitere 148 Beförderungen nach A 12 und weitere 352 Beförderungen nach A 11 durch Anhebung von Stellen im Haushaltsplan ermöglicht werden. Allerdings müsste dem Innenminister auch das erforderliche Budget zugewiesen werden.

### Baumaßnahmen und Technik:

Die Etatplanung sieht die Fortführung der ins Auge gefassten Neubau- und Sa-

nierungsmaßnahmen bei einer Reihe von Polizeidienststellen vor. Ebenso sind die Investitionsmittel beispielsweise für den Digitalfunk, die TKÜ oder die Beschaffung der neuen Dienstpistolen und Uniformen eingestellt. Hier wird genau zu

prüfen sein, ob die Mittel ausreichend sind. Gespräche der GdP mit den Landtagsfraktionen zum Etat sind bereits angelaufen. **TW**

### Beförderungen gehobener Dienst nach Etatplan

A 10 (FH und BWA zusammen)	
2009: 666	2010: 634
A 12 2009: 64	2010: 76
A 13 2009: 23	2010: 27

### GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

#### E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)



# Thomas Will stellt sich neuer Herausforderung

**Vertrauensmann im wahrsten Sinne des Wortes, so lässt sich die Tätigkeit von Thomas Will als bisheriger GdP-Geschäftsführer umschreiben. Er geht einen neuen beruflichen Weg und übergibt die Leitung der GdP-Geschäftsstelle in Mainz an Markus Stöhr.**

Hermann Lutz hatte den jungen Polizisten Thomas Will Ende 1979 zur GdP geholt. „Eine gute Entscheidung, denn wir alle in der GdP haben von seiner auf die Kolleginnen und Kollegen zugehenden Art wie von seiner Führungsstärke und Kompetenz profitiert“, freut sich der GdP-Ehrenvorsitzende. Damals hatte die GdP rund 3600 Mitglieder im Land. Heute kann sich die Gewerkschaft auf fast die doppelte Zahl an Mitgliedern stützen.

Der Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauensleutesystems, ein breites Bildungsangebot und die Verbesserung des Informationsangebotes für die Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, das waren die ersten Wegzeichen, die Thomas Will zur Stärkung der GdP-Organisation setzte.

Einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit widmete er der Mitgliederbetreuung und -werbung. Es gibt unzählige Fälle, in denen er in Rechtsfragen beraten oder bei beruflichen Problemen geholfen hat. Der gute und erfolgreiche Service der GdP trägt ein gutes Stück weit seine Handschrift.

„Vertrauensmann auf der Landesebene für unsere Kolleginnen und Kollegen, das ist die richtige Umschreibung dessen, was Thomas Will in der Organisationsarbeit der GdP Tag für Tag geleistet hat“, bestätigt auch Helmut Conradt, nach Hermann Lutz Vorsitzender der Landes-GdP, den guten Eindruck.

Ernst Scharbach, der heutige GdP-Vorsitzende, lenkt den Fokus auf weitere Schwerpunkte und würdigt die engagierte gewerkschaftspolitische Arbeit des 51-jährigen Mainzers: „Wenn es um den Haushalt geht, Beurteilungen umstritten sind, Fragen der Arbeitszeit neu ausgerichtet werden müssen, Thomas Will verfügt in diesen und einer Vielzahl anderer Gebiete über das Fachwissen, kennt die Entwicklung der letzten Jahre, weiß, wo man ansetzen muss, um die Weichen richtig zu stellen. Dazu gehört auch das richtige Gefühl für die politische Lobbyarbeit und die Sensibilität, das Thema „Polizei“ in der Öffentlichkeit im Blickwinkel der Interessen der Polizeibesetzten angemessen zu präsentieren.“



**Thomas Will wünscht der GdP für die Zukunft viel Erfolg.**

Er kündigte an, Thomas Will im Beisein des GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und vieler Weggefährten im Dezember im Landesbeirat verabschieden zu wollen. Thomas Will stellt sich einer neuen beruflichen Herausforderung und wechselt ab November in die Geschäftsführung der Mainzer Wohnbau GmbH.

Im Mainzer GdP-Büro übernahm inzwischen Markus Stöhr die Geschäfte. Der 31-jährige Jurist hatte zuvor als Rechtsanwalt gearbeitet. *red*

 **DEUTSCHE POLIZEI**  
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

**TERMINE !!!**

**BEZIRKSDELEGIERENTAGE**

<b>MAINZ:</b>	<b>6. NOVEMBER 2008</b>
<b>TRIER:</b>	<b>18. NOVEMBER 2008</b>
<b>KOBLENZ:</b>	<b>19. NOVEMBER 2008</b>
<b>RHEINPFALZ:</b>	<b>20. NOVEMBER 2008</b>
<b>WESTPFALZ:</b>	<b>20. NOVEMBER 2008</b>
<b>BEPO:</b>	<b>ENDE NOVEMBER 2008</b>

**KG PP/PD Koblenz – Mitgliederversammlung**  
**DO, 13. 11. 2008, 15 Uhr**  
**Nebenraum der Kantine PP Koblenz**

**Einziger TOP: Aufstellung der GdP-Listen zur Personalratswahl**



## GdP-Vorstand bei der CDU-Fraktion

Beim Gespräch des GdP-Vorstandes mit den Innenpolitikern der CDU-Fraktion ging es insbesondere um die Personalentwicklung, die Arbeitszeit und die Bezahlung der Polizei. Das Foto zeigt v. l. n. r.: Thomas Will, MdL Peter Dincher, Markus Stöhr, MdL Matthias Lammert, Heinz-Werner Gabler, MdL Michael Hörter, MdL Bernhard Henter und Helmut Knerr



Bei der CDU-Landtagsfraktion ist man sehr gespannt, welche Ergebnisse die Evaluation des § 208 LBG (Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten) bringen wird. Das ISM hat dazu einen Fragenkatalog vorbereitet, der jetzt an die Polizeibehörden und -einrichtungen zur Beantwortung geht.

Vorrangiges Gesprächsthema mit dem GdP-Vorstand war aber der Haushalts-

entwurf der Landesregierung. Die Innenpolitiker der CDU teilen die Auffassung der GdP, jeweils 325 Neueinstellungen in den beiden nächsten Jahren bedingen mittelfristig einen Personalabbau, weil die Personalfuktuation (Ruhestand und vorzeitige Abgänge) im Vergleichszeitraum deutlich höher ausfallen wird. Die GdP fordert mindestens 400 Einstellungen pro Jahr. Weitere Tarifbeschäftigte könnten die Polizistinnen und Polizisten

von Aufgaben in Verwaltung, Technik und Service entlasten, betonte die GdP weiter.

Die Gewerkschaft kritisierte die Stellenpläne, die nur in unzureichender Zahl Beförderungen nach A 11, A 12 und A 13 zulassen. Hier soll nach Auffassung der GdP nachgebessert werden.

Die CDU-Fraktion will die detaillierten Hinweise der GdP zum Etat prüfen.

**TW**

### GESETZESINITIATIVE BUNDESREGIERUNG

## Kritik an Bundeswehreinsetzungen im Inland

Nach der Einigung des Koalitionsausschusses in Berlin zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren besteht die Befürchtung, dass die grundgesetzlich vorgeschriebene Trennung zwischen inneren und äußeren Sicherheitsaufgaben verwässert werden soll. Entgegen dem ursprünglichen Ziel, das Grundgesetz zu ändern, um die Abwehr von Terrorakten aus der Luft und von See mit militärischen Waffensystemen zu ermöglichen, steht nun eine generelle Kompetenzerweiterung für die Bundeswehr im Raum. Die Äußerungen der Regierungsparteien sind unklar und stiften Verwirrung. Um Amtshilfe der Bundeswehr für die Polizei kann es nicht gehen. Ohne den Einsatz militärischer Waffensysteme war dies

bereits jetzt möglich. Nach dem Grundgesetz leisten sich alle Behörden des Bundes und der Länder gegenseitig Rechts- und Amtshilfe, somit auch die Bundeswehr den Polizeien der Länder. Insbesondere bei Naturkatastrophen wie Hochwasser, Wald- und Großbränden oder besonders schweren Unglücksfällen wie schweren Flugzeug- oder Eisenbahnunglücken konnte die Bundeswehr durch den Einsatz von sachlichen und personellen Mitteln unterstützend eingreifen. Durch die geplante Grundgesetzänderung soll die Bundeswehr bei besonders schweren Unglücksfällen nicht mehr im Rahmen der Amtshilfe, sondern in eigener Verantwortung mit militärischen Mitteln eingreifen dürfen. Hier stellt sich die

Frage, was ein besonders schwerer Unglücksfall im Sinne der neuen Grundgesetznorm ist und was militärische Mittel sind. Der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch äußerte sich deshalb bereits skeptisch zu der geplanten Grundgesetzänderung: „Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren berührt in erheblichem Maße die Zuständigkeit der Länder.“ Kritische Stimmen meldeten sich auch aus den Landtagsfraktionen von SPD und FDP.

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach: „Es darf kein Vorwand genommen werden, die verfassungsrechtlich gesetzten Grenzen auszudehnen und der Bundeswehr Polizeiaufgaben zu übertragen.“

**MS**



## Kurt Böckmann verstorben



Die GdP trauert um einen guten Freund und stets verlässlichen Partner. In seiner Zeit als Innenminister des Landes

Rheinland-Pfalz von 1976 bis 1987 durfte ich ihn als Verhandlungs- und Gesprächspartner erleben. Bei diesen Gesprächen und Verhandlungen spürte man, dass sein Ziel nie Konfrontation, sondern Interessenausgleich war. Er suchte den Dialog. Dabei war er immer in seiner ihm eigenen Art mit einer gewissen Portion von Humor und Ironie um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und an einem für beide Seiten annehmbaren Kompromiss bemüht. Bei Minister Böckmann spürte man, dass sein Lebensantrieb aus seinem christlichen Glauben kam und die katholische Soziallehre die Richtschnur seines Handelns war. Von dieser Kraft hat auch die Gewerkschaft der Polizei profitiert, ebenso wie die Gremien der Personalvertretung. Durch sein persönliches Beispiel als Gewerkschafter und Politiker wird er der Gewerkschaft der Polizei als Vorbild in Erinnerung bleiben.

*Heinz Blatt, Ehrenmitglied*

## GdP fordert Fußballgipfel – PI Mainz 1 war schneller

Bei der PI Mainz 1 fand dieser Fußballgipfel im Zusammenhang mit dem PI-Fest bereits am 12. September mit Unterstützung durch die GdP statt.

Und zwar mit Ball und ohne Ausschreitungen!

In der Halle der Bereitschaftspolizei in Hechtsheim fand zum zweiten Mal das PI-



Turnier der PI 1 statt. Alle fünf Dienstgruppen und der Tagesdienst stellten jeweils eine Mannschaft. Eingeladen war außerdem die Mannschaft der FüGru der PD Mainz mit Mannschaftsspieler Claus Colausch. Während des Spiels musste stets eine Dame mitspielen.

Beim Tagesdienst spielte eine bislang im Verborgenen gebliebene Frau W. mit, die danach nicht mehr wiedergesehen wurde und die unzähligen Blicke aller Spieler auf sich zog. Ein Tor konnte die Frau W. aber



leider nicht erzielen. Nach spannenden und überaus fairen Spielen in Vor- und Finalrunde war der Sieger die Mannschaft der Dienstgruppe C unter Klaus Becker.

Anschließend fand auf einem Vereinsgelände in Hechtsheim die Siegerehrung statt. Michael Schweikhard und Manuel Wehrmann überreichten jeder Mannschaft einen Siegerpreis.

Gefeiert wurde bis spät nachts.

Leider konnten nicht alle Kollegen des Schichtdienstes der PI 1 dabei sein, da der Nachtdienst der DG B abgeleistet werden musste und nicht ausreichend Ersatz aus anderen Dienststellen gefunden werden konnte. Ansonsten war es ein gelungenes Sportfest, was hoffentlich fester Bestandteil im Jahresprogramm der Dienststelle bleiben kann.

*Michael Krausch*

## Kurz und knackig

### ■ Versorgungsabschlag bei Teilzeit gekippt

Das BVerfG hat entschieden, dass der Versorgungsabschlag für Zeiten der Teilzeitbeschäftigung oder Zeiten einer Beurlaubung ohne Bezüge verfassungswidrig ist. Versorgungsempfänger müssen prüfen, ob bei ihnen der Versorgungsabschlag für diese Zeiten angewendet wird. Ist dies der Fall, raten wir an, einen Antrag auf Neufestsetzung der Versorgung zu stellen. Einen Musterbrief findet ihr unter [www.gdp-rpl.de](http://www.gdp-rpl.de). Bei Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig in Ruhestand treten, wird diese Änderung automatisch berücksichtigt.

### ■ Pensionsgrenze der Polizei wird evaluiert

Nach vierjähriger Laufzeit stellt die Landesregierung nun die 2004 eingeführte gesetzliche Regelung der verlängerten Lebensarbeitszeit der Polizei auf den Prüfstand. Die umstrittene Neuregelung der Pensionsgrenze gibt vor, dass Polizistinnen und Polizisten des gehobenen Dienstes bis 63, die des höheren Dienstes bis 65 arbeiten müssen. In keinem anderen Bundesland müssen die Polizeibeamtinnen und -beamten so lange Dienst verrichten. Das Verfahren zur Evaluation des § 208 LBG beginnt mit einer Datenerhebung. Das ISM will dafür von den Polizeibehörden und -einrichtungen berichtet haben, wie viele Beamtinnen und Beamten von der verlängerten Lebensarbeitszeit betroffen sind, ob sich die Zahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit oder der eingeschränkten Dienstfähigkeit verändert haben oder ob Personaldispositionsmöglichkeiten für Sokos, Fahndung bzw. Projektgruppen erschwert werden. Die Angaben sollen im Frühjahr 2009 vorliegen. Dann soll mit der GdP beraten werden, ob und in welcher Form die Rechtsvorgaben angepasst werden.



**TARIF**

# Volles Haus ...



... im wahrsten Sinne des Wortes, beim PP Trier anlässlich einer Teilpersonalversammlung für die Tarifbeschäftigten des PP und der PD. Die Plätze reichten nicht aus, als Margarethe Relet zu aktuellen Themen rund um den TV-L berichtete und einen Ausblick auf die Tarifverhandlungen 2009 warf. Das Interesse war riesig, die „Zuhörer“ zufrieden.

## Aktuelles zum TV-L

**Für Beschäftigte, die bei Inkrafttreten des TV-Länder (1. November 2006) aus dem BAT/BAT-O in den TV-L übergeleitet wurden, sind im TVÜ (Überleitungstarifvertrag) Regelungen zu den Stufenaufstiegen und zur Zahlung eines Strukturausgleichs vereinbart worden. Stichtag: 1. November 2008.**

**Stufenaufstieg:** Zum 1. November 2006 wurden die Beschäftigten mit dem zum Stichtag ermittelten Vergleichsentgelt in eine individuelle Zwischenstufe ihrer neuen Entgeltgruppe übergeleitet (z. B. EG 6, Stufe 4+). Zum 1. November 2008 steigen die der individuellen Zwischenstufe zugeordneten Beschäftigten in die betragsmäßig nächsthöhere reguläre Stufe ihrer Entgeltgruppe auf und erhalten das dort vorgesehene Tabellenentgelt. Der weitere Stufenaufstieg richtet sich nach den Regelungen des § 16 TV-L.

Ein Beispiel, wie sich der Stufenaufstieg finanziell auswirkt:

Ein Tarifbeschäftigter ist am 1. November 2006 aus der Vergütungsgruppe VIb mit einem individuellen Vergleichsentgelt von 2235,- € in die Entgeltgruppe EG 6, Zwischenstufe 4+ übergeleitet worden. Zum 1. November 2008 steigt er in die nächsthöhere Stufe 5 auf und erhält ein Entgelt in Höhe von 2285,- €. Etwaige Besitzstände (Zulagen, kinderbezogene Anteile) werden zusätzlich weitergezahlt, wenn die Voraussetzungen hierfür noch gegeben sind. Nach der im § 16 TV-L geregelten Stufenlaufzeit steigt er nach weiteren fünf Jahren aus der Stufe 5 in die Stufe 6 auf (1. November 2013) und erhält eine

weitere Entgelterhöhung (derzeitiges Tabellenentgelt: 2355,- €).

Ausgenommen von den Stufenaufstiegen sind diejenigen, die sich bereits in einer regulären Stufe befinden. Hierzu zählt folgender Personenkreis:

- übergeleitete ehemalige Arbeiter/Arbeiterinnen (Achtung: auch hier gibt es wenige Ausnahmen, die sich ebenfalls in einer Zwischenstufe befinden)

- alle, die zwischen dem 1. November 2006 und dem 31. Oktober 2008 höhergruppiert und in der höheren Entgeltgruppe einer regulären Stufe zugeordnet wurden

- und diejenigen, die sich in ihrer Entgeltgruppe bereits in der individuellen Endstufe (z. B. EG 6 Stufe 6+) befinden.

**Strukturausgleich:** In § 12 TVÜ ist die Zahlung eines Strukturausgleichs geregelt. Er ist als Ausgleich für fiktive zukünftige Einkommenseinbußen gedacht. Nach Überführung in die neue Entgelttabelle können sich bei einzelnen Gruppen von bisherigen Angestellten im Vergleich zu der Einkommensentwicklung, die sie nach BAT gehabt hätten, erhebliche Differenzen ergeben, die durch den Strukturausgleich teilweise abgemildert werden. Nicht jeder/jede Beschäftigte kommt in den Genuss des Ausgleichs. Ob ein Anspruch besteht, wie lange, ab wann und in welcher Höhe richtet sich ausschließlich nach der Strukturausgleichstabelle.

Die Zuordnung in der Tabelle erfolgt nach folgenden Schritten:

1. Feststellung der Entgeltgruppe, in die zum 31. Oktober 2006 übergeleitet wurde

2. Feststellung der Vergütungsgruppe, in der der/die Betroffene zum Zeitpunkt der Überleitung eingruppiert war.

3. Prüfung, ob aus dieser Vergütungsgruppe noch ein weiterer Aufstieg vorgesehen war

4. Klärung der Stufe des Ortszuschlags zum Zeitpunkt der Überleitung

5. Feststellung der Lebensaltersstufe zum Zeitpunkt der Überleitung

Treffen all diese Voraussetzungen zu, wird der Ausgleich in der festgelegten Höhe und ab dem bestimmten Zeitpunkt gezahlt. (Näheres ist aus der Tabelle im Internet unter [www.gdp.de/Rheinland-Pfalz/Informationen/Tarif](http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz/Informationen/Tarif) zu entnehmen).

Höhergruppierungen nach der Überleitung begründen keinen Anspruch. Der Strukturausgleich ist nicht dynamisch. Angerechnet auf den Strukturausgleich werden Höhergruppierungsgewinne vor Beginn der Zahlung des Strukturausgleichs ebenso wie Höhergruppierungsgewinne nach Zahlungsaufnahme. Allgemeine Entgeltanpassungen führen nicht zu einer Verrechnung. In Einzelfällen sind zudem Besonderheiten zu beachten (z. B. Konkurrenzfälle beim Ehegattenanteil im Ortszuschlag/Verkürzung oder Verlängerung der Stufenlaufzeit).

Wir empfehlen, die Entgeltabrechnung für November genauestens darauf zu prüfen, ob der Stufenaufstieg korrekt vollzogen und ein evtl. zustehender Strukturausgleich gezahlt wurde. Da mit dem November-Gehalt auch die Jahressonderzahlung ausgezahlt wird, sollte auch diese auf Genauigkeit geprüft werden.

Eventuelle Ansprüche sind unverzüglich schriftlich geltend zu machen (Ausschlussfrist sechs Monate).

Die GdP steht euch selbstverständlich für weitere Fragen zur Seite.

MR



## Einsatz Bündel thematisiert

Der **Einsatz Bündel** war erneut Thema im HPRP. Die Einsatzzeiten waren teilweise deutlich überzogen und lagen gravierend über den gesetzlichen Vorschriften. Der HPRP sammelt die Meldungen aus den einzelnen Personalräten und wird sich anschließend mit dem Ministerium über die Problematik unterhalten.

Minister Karl Peter Bruch teilt nicht die Auffassung des HPRP, dass die Ein- und Zusammensetzung der **AG Mehrarbeit** der Mitbestimmung unterliegt. Die AG wird demnach wie geplant fortgeführt. Der HPRP hat beschlossen, diese Frage einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen.

Die Ergebnisse der **AG Prozessanalyse** wurden dem HPRP von Koll. **Werner Blatt, Wendelin Schmidt** und **Wolfgang Huth** erläutert: Bundes-

weit einmalig wurde versucht, die arbeitsaufwändigsten Vorgangsprozesse zu analysieren und die allgemein geschilderten

– weitere berühren die Zuständigkeiten des ISM oder gar des Bundes und werden weiter verfolgt. IDP Blatt dankte den AG-Mitgliedern für ihre engagierte Arbeit und bekräftigt, dass er die Vereinfachung der Arbeiten und der Meldepflichten pp. weiter verfolgen wird.

Die Ausschreibung der **Fahrzeuge** für die **Hundeführer** wird erst in der November-Sitzung entschieden. Einzelne Personalräte haben noch Diskussionsbedarf angemeldet.

Der HPRP stimmte der nächsten **Ausschreibung** für den **höDie** zu. Die Kriterien bleiben unverändert.

Der **Landes-Zielprozess** wird durch das Soziologische Institut der Uni Mainz einer Evaluierung unterzogen. Der HPRP stimmte dem Fragebogen zu.

*Margarethe Relet  
(Polizeibeschäftigte),  
Ernst Scharbach (Beamte)*



„Aufreger“ zu bekämpfen. Über 100 Anregungen der Kolleginnen und Kollegen wurden bereits umgesetzt oder veranlasst

### PVAG

## Seniorengerechtes Wohnen

**Die steigende Anzahl älterer Mitbürger wird Renovierungs- und Modernisierungs-Projekte zukünftig immer stärker beeinflussen. Der Grund: Viele Senioren möchten lieber in ihrer eigenen, altersgerecht umgebauten Wohnung bleiben als in ein Seniorenheim ziehen.**

Doch wer bis ins hohe Alter in seinen eigenen vier Wänden wohnen will, sollte vorsorglich einige bauliche Veränderungen vornehmen lassen. Etwa Haus- und Zimmertüren verbreitern, großzügig bemessene Bäder und Küchen planen, rutschfeste Fußbodenbeläge auf möglichst stufen- und absatzfreien Böden verlegen. All dies sind wesentliche Voraussetzungen, um auch mit körperlichen Handicaps oder als Rollstuhlfahrer in Haus und Wohnung zurechtzukommen. Darüber hinaus sind fast die Hälfte aller Wohnungen in Deutschland 25 Jahre und älter – weder Heizungsanlagen noch Fenster oder Dächer halten ewig. Viele

Hauseigentümer werden also in den nächsten Jahren so oder so mit einem erheblichen Renovierungs- und Sanierungsaufwand rechnen müssen. Allerdings sind solch umfangreichen Arbeiten meist nicht vom Ersparten bezahlbar. Die SIGNAL IDUNA Bauspar AG bietet mit dem „Konstantdarlehen“ und dem „FREIRAUM-Renovierungsplan“ gleich zwei Wege an, um sicher ans Ziel zu kommen.

Das „Konstantdarlehen“ ist für den sofortigen Erwerb oder die Renovierung einer Immobilie gedacht. Angeboten werden Darlehen zwischen 30 000 und 200 000 Euro. Diese „Sorglosfinanzierung“ bietet feste monatliche Raten vom ersten bis zum letzten Tag. Nach ca. 23 Jahren hat der Kunde den gesamten Kredit getilgt. Derzeit ist z. B. ein 100 000-Euro-Darlehen mit absoluter Zinssicherheit für jährlich 7692 Euro zu haben – einschließlich Tilgung. Monatlich macht das 641 Euro.

Wer zunächst Kapital ansparen will, Umbauten oder Renovierungen also erst

in einigen Jahren anstehen, sollte den „FREIRAUM-Renovierungsplan“ in die engere Wahl nehmen. Auf Basis eines Bausparkontos mit einer Bausparsumme von 25 000 Euro sind Monatsbeiträge von 60 Euro fällig. Nach sieben Jahren werden dem Bausparer dann erstmals 5000 Euro bereitgestellt; in Abständen von jeweils drei Jahren folgen vier weitere Auszahlungstermine. Geld gibt's somit am „laufenden“ Band. Insgesamt sorgen 25 000 Euro für Liquidität und Planungssicherheit. Mit diesem Mix aus günstigem Bauspar-Darlehen und gespartem Eigen-geld können notwendige Renovierungen finanziell besonders vorteilhaft realisiert werden. Übrigens: Sowohl für das „Konstantdarlehen“ als auch für den „FREIRAUM-Renovierungsplan“ können problemlos vermögenswirksame Leistungen eingesetzt werden.

Mehr Infos von den persönlichen Ansprechpartnern der Polizeiversicherung AG über [www.gdp.de/Rheinland-Pfalz](http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz) oder jeden Dienstagmorgen bei der GdP-Geschäftsstelle. *red*





## PSW-Reisen

DIE WELT EROBERN

**PSW-Reisen - Partner der Gewerkschaft der Polizei  
Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz**

In Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei bieten wir für GdP-Mitglieder  
und deren Familienangehörige:

# 50%

## Nachlass auf alle Reisen!\*

Fragen Sie auch nach unseren Gruppenreisen  
und sonstigen Vergünstigungen wie z.B. Frühbucherrabatte.

Reiseschnäppchen im Internet: [www.psw-gbr.de](http://www.psw-gbr.de).  
Im Internet können auch alle anderen Reisen gebucht werden.

Reiseanfragen und Buchungen über Telefon oder Telefax  
Baden-Württemberg: Telefon: 07042/879223+224+225, Fax: 07042/879222

Rheinland-Pfalz: Telefon: 06131/9600923, Fax: 06131/9600922

Bei uns können Sie sich noch  
große Sprünge leisten!



**PSW-Reisen**  
DIE WELT EROBERN

\* ausgenommen sind eigenveranstaltete  
Gruppenreisen, Nurflug, Fährbuchung,  
Eintrittskarten, Versicherungen und Gebühren



## Rudi Müller verabschiedet

Rudi Müller (GdP), Vertreter der Schwerbehinderten beim PP Trier, geht von Bord!

Rudolf Müller trat mit Ablauf des Monats September in den wohlverdienten Ruhestand. Seit 1993 begleitete er das Amt des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten im Bereich des örtl. Personalrates PD Wittlich und im Gesamtpersonalrat beim Polizeipräsidium Trier.

Rudi vertrat die Interessen der Schwerbehinderten konsequent und verdeutlichte immer wieder, wie wichtig die Berücksichtigung der Interessen der Schwerbehinderten in den Dienststellen



Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Alfons Meyer (li.) verabschiedet Rudi Müller

ist. Er war ein kompetenter Ansprechpartner für Dienststelle, Behörde und Personalvertretung. In allen relevanten Angelegenheiten war er für die Schwerbehinderten zuständig und vertrat die Interessen mit großem Sachverstand und stets großem Nachdruck. Alfons Meyer hatte die Gelegenheit einer letztmaligen Teilnahme von Rudolf Müller an einer Sitzung des Gesamtpersonalrates genutzt, um ihm für sein Engagement und seine unterstützende Beratung im Gremium zu danken. Er wünschte ihm auf dem weiteren Lebensweg alles Gute und natürlich viel Gesundheit.

JS

## GEWERKSCHAFTSTAGUNG IN VALENCIA

# DGB: Jeder ist Teil der Energiewende

**Auch während seines Jahresurlaubs war Bernd Becker, stellv. Landesvorsitzender der GdP in Rheinland-Pfalz, gewerkschaftlich aktiv. Bei einer Tagung zu „Gegenwart und Zukunft der Energieversorgung“ des spanischen Gewerkschaftsbundes „UGT“ in der Region Valencia hat er im September auf Wunsch des Vorsitzenden Dietmar Muscheid den DGB Rheinland-Pfalz vertreten.**

Die UGT hat ihre diesjährige dreitägige „Sommerschule“, unter anderem unterstützt durch die rheinland-pfälzische Firma JUWI, dem Thema erneuerbare Energien gewidmet und Bernd Becker hatte, ergänzend zu Vorträgen von Kollegen aus Frankreich und Italien, die Aufgabe, zur aktuellen Situation in der Bundesrepublik zu referieren. Gestützt mit einer ins Spanische übersetzten Power-Point-Präsentation erläuterte er die Rechtslage, die Ziele der Bundesregierung, beispielhaft die Aktion „Unser Ener“ der Landesregierung und die unterschiedlich intensiven Aktivitäten der kommunalen Gebietskörperschaften. Daten und Fakten über die Auswirkungen des erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ließen bei den spanischen Zuhörern aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik keinen Zweifel daran, dass die Nutzbarmachung erneuerbarer Energie-



Die Tagungsteilnehmer mit Bernd Becker (rechts)

quellen nicht nur aus ökologischen und sozialen Gründen zwingend ist, sondern auch sehr positive ökonomische Impulse für die deutsche Volkswirtschaft setzt. Mit der Einflechtung von Berichten über seine persönlichen Aktivitäten im kommunalpolitischen Bereich oder als Initiator und Geschäftsführer einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, die Fotovoltaikanlagen auf gepachteten öffentlichen Dächern betreibt, reicherte Becker seinen Vortrag an und ließ auch die ambivalente Diskussion in der Bevölkerung in seiner Heimatgemeinde anlässlich der Entstehung von Windkraftanlagen nicht aus. Die spanischen Gastgeber waren zunächst überrascht, dass ausgerechnet ein Polizist zum Thema Energie sprechen würde, zeigten sich dann aber beeindruckt und bestärkt

in ihren eigenen Bemühungen, die Umsetzung des spanischen EEG nach Kräften zu unterstützen. Am ersten Tag der „Sommerschule“ hatte ein Vertreter des spanischen Industrieministeriums Irritationen um die spanische Rechtslage, die zu einer Verlangsamung der Investitionen geführt hatten, beseitigt und die Festlegung verlässlicher und auskömmlicher Tarife angekündigt. Dass Spanien längst nicht mehr am Anfang der Entwicklung

steht, belegte eindrucksvoll der „Minister für Innovation“ der konservativen Regierung der Provinz Navarra, Jose Maria Roig Aldassaro. Schon vor über zehn Jahren hatte man dort die Zeichen der Zeit erkannt. In Ermangelung anderer Investoren habe die Regionalregierung selber die Gründung einer Gesellschaft initiiert, an der sie 51% halte. Seither werde in Erneuerbare Energien wie Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse investiert. Die Region decke aktuell 65% ihres Energiebedarfs mit Energie aus erneuerbaren Quellen in der Region. Eine interessante Aussage des Ministers: „Wir hätten auch sonst Platz genug, aber wir stellen die Windkraftanlagen so auf, dass die Menschen sie sehen. Das wirkt sich positiv auf ihr Bewusstsein aus“.

red

